

## **BEKANNTMACHUNG**

### **Stadtbahnausbau Braunschweig; Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode**

#### **I.**

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat für das o. g. Verfahren die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach den §§ 28 ff. des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, beantragt.

Für das Vorhaben besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Im Rahmen dieses Zulassungsverfahrens ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles (Einzelfalluntersuchung) erfolgt, um zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies wurde verneint. Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Ihre Begründung nach § 5 Abs. 2 UVPG kann unter <https://uvp.niedersachsen.de/startseite> eingesehen werden.

Für das Vorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in der Gemarkung Gliesmarode und Dibbesdorf (Stadt Braunschweig) beansprucht.

Die vorliegende Planung umfasst die Herstellung einer Zwischenwendeanlage im Stadtteil Gliesmarode in der Stadt Braunschweig. Die neue Stadtbahn-Wendeanlage wird in den Knotenpunkt Berliner Straße/ Querumer Straße integriert.

Östlich des Knotenpunktes Berliner Straße/Querumer Straße/An der Wabe schwenkt das Wendegleis aus dem bestehenden stadtauswärtigen Gleis in nördliche Richtung und führt in einem engen Gleisbogen durch die vorhandene Grünanlage bis zur Querumer Straße, wo es dann über den Geradeaus- und Linksabbiegefahrstreifen und einen anschließenden Rechtsbogen vor der Haltestelle Querumer Straße in das bestehende stadteinwärtige Gleis einbindet.

Für die Errichtung der Wendenanlage Gliesmarode ist neben der Anpassung der Haltestelle Querumer Straße auch die Anpassung des Straßenraums der Querumer Straße erforderlich. Die stadtauswärtige Fahrbahn der Querumer Straße wird unter Aufhebung des Mittelstreifens nach Westen verschoben und um einen Fahrstreifen reduziert. Die im Planbereich befindlichen Rad- und Gehwege werden im Rahmen der Errichtung verlegt bzw. angepasst. Die Einmündung der Paul-Jonas-Meier-Straße wird an den neuen Fahrbahnrand entsprechend angeschlossen. Weitere Anpassungen werden für die Querungsmöglichkeiten im Knotenpunkt Berliner Straße/Querumer Straße/An der Wabe für Fußgänger und Radfahrer vorgenommen.

Der vorliegende Plan enthält:

- Unterlage 00 Inhaltsverzeichnis,
- Unterlage 01 Erläuterungsbericht (mit Anlage 1 Variantenvergleich Gleisanlage, Anlage 2 Variantenvergleich Freianlagen, Anlage 3 Bewertungsmatrix Klimaschutzgesetz),
- Unterlage 02 Übersichtskarte,
- Unterlage 03 Übersichtslageplan,
- Unterlage 05 Lageplan,
- Unterlage 06 Höhenpläne,
- Unterlage 07 Lageplan Immissionsschutzmaßnahmen,
- Unterlage 08 Lageplan Entwässerungsmaßnahmen,
- Unterlage 09 Lageplan Maßnahmen, Lageplan Maßnahmen externer Ausgleich, Maßnahmenblätter



- Unterlage 10 Grunderwerb (mit Grunderwerbsplan und Grunderwerbsverzeichnis),
- Unterlage 11 Regelungsverzeichnis,
- Unterlage 14 Straßenquerschnitte und Belastungsklassen,
- Unterlage 16 Sonstige Pläne, Skizzen und Untersuchungen (Koordinierte Leitungsplanung, Technische Ausrüstung),
- Unterlage 17 Immissionsrechtliche Unterlagen (inkl. Schalltechnische Untersuchung, Schalltechnische Untersuchung Bauzustand, Erschütterungstechnische Untersuchung, Erschütterungstechnische Untersuchung Bauzustand),
- Unterlage 19 Umweltfachliche Untersuchungen (inkl. Prüfkatalog zur UVP-Pflicht, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Lageplan Bestand, Lageplan Bestand und Eingriff).

## II.

(1) Der Plan wird in der Zeit vom

19.08.2024 bis zum 18.09.2024 (einschließlich)

unter dem Titel „ **Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode**“ auf der Internetseite der Stadt Braunschweig

[https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan\\_verkehr/verkehrsplanung/planfeststellung.php](https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/verkehrsplanung/planfeststellung.php)

zur allgemeinen Einsicht veröffentlicht. Über diese Internetseite erfolgt in dem o.g. Auslegungszeitraum eine Weiterleitung auf die Internetadresse <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> der NLStBV, auf der der Plan abgerufen werden kann. Die Auslegung der Unterlagen erfolgt gemäß § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 2 i. V. m. § 27b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VwVfG durch die **Zugänglichmachung im Internet**.

Neben der Veröffentlichung im Internet wird eine Druckfassung des Plans im o.g. Auslegungszeitraum als zusätzliche Zugangsmöglichkeit bei der **Stadt Braunschweig, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig** über den Haupteingang montags bis freitags von 09:00 Uhr bis 12 Uhr und dienstags bis donnerstags von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Rathaus-Neubau in der 4. Etage – Lichthof zur Verfügung gestellt (§ 73 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 2 i. V. m. § 27b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 VwVfG). Ferner besteht eine weitere Zugangsmöglichkeit über den Nebeneingang bei der Stadt Braunschweig, Bohlweg 30, 38100 Braunschweig von montags bis freitags von 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie dienstags bis donnerstags von 13:00 bis 14:00 Uhr.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Anerkannte Vereinigungen nach § 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem Plan zu Grunde liegenden (einschlägigen) Sachverständigengutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Die Äußerungen (Einwendungen und/oder Stellungnahmen) sind bis einschließlich zum 02.10.2024 schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Braunschweig, Fachbereich Tiefbau und Verkehr, Bohlweg 30, 38100 Braunschweig oder der NLStBV, Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover einzureichen.

Vor dem 19.08.2024 eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen. Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht. Eingangsbestätigungen werden nach Erhalt von Einwendungen nicht versendet.

**Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG).**

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und



Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftslisten bzw. gleich lautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der Äußerungen verzichten (§ 29 Abs. 1a Nr. 1 PBefG). Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG). Der Erörterungstermin kann durch eine Online-Konsultation oder mit Einwilligung der zur Teilnahme Berechtigten durch eine Video- oder Telefonkonferenz ersetzt werden, § 29c VwVfG.

In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in den Plan, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin/Online-Konsultation/Video- oder Telefonkonferenz oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die NLStBV (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die sich geäußert haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG).

### III.

Vom Beginn der Auslegung des Planes an tritt die Veränderungssperre nach § 28a Abs. 1 PBefG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 28a Abs. 3 PBefG).

Hinsichtlich der Informationen nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird auf den Link „Informationen zur Datenverarbeitung im Planfeststellungsverfahren“ auf der o. g. Internetseite verwiesen. Diesem Link sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, ihre Speicherdauer sowie Informationen über die Betroffenenrechte nach der DSGVO im Planfeststellungsverfahren zu entnehmen.

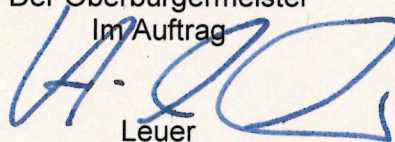
Der Text dieser Bekanntmachung wird auf der Internetseite der Stadt Braunschweig [https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan\\_verkehr/verkehrsplanung/planfeststellung.php](https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/verkehrsplanung/planfeststellung.php)

und auch auf der Internetseite der NLStBV

(<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>) zugänglich gemacht.

Braunschweig den 10.08.2024

Der Oberbürgermeister  
Im Auftrag



Leuer  
Stadtbaurat